Betr.: Schriftliche Anfrage Wolfgang Börnsen, CDU/CSU:

Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/9153, 24.05.2002 Schriftliche Fragen mit den in der Zeit vom 13. bis 24. Mai 2002 eingegangenen Antworten der Bundesregierung. Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

Abgeordneter Wolfgang Börnsen (Bönstrup) (CDU/CSU): Auf welche Fakten, Zahlen und Vorgänge für den Zeitraum von 1998 bis 2001 stützt sich der Bundesminister des Innern, Otto Schily, wenn er laut dem 'Flensburger Tageblatt' vom 9. Mai 2002 im Rahmen der internationalen Innenministerkonferenz der Ostseeanrainer wörtlich erklärt: 'Der Umsatz im Menschenhandel ist inzwischen größer als der im Drogenhandel' und das sei ein Kriminalitätsbereich, 'den wir auch nicht annähernd im Griff haben'?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast vom 22. Mai 2002:

Die Ostsee-Task Force zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität beschäftigt sich seit Jahren intensiv mit dem Kriminalitätsbereich 'Frauenhandel' und hat zu diesem Zweck zusätzlich zu der bereits seit 1996 bestehenden Expertengruppe 'Illegale Migration' im Jahr 2000 eine eigene Expertengruppe 'Frauenhandel' unter dem Vorsitz von Schweden und Lettland eingerichtet. Derzeit erfolgt unter Einbeziehung von Europol eine Auswertung der von den Ostseeanrainerstaaten übermittelten Erkenntnisse. Darüber hinaus wurde von Dänemark die 'Nordische Zusammenarbeit zwischen Kriminalermittlungsdienststellen' (CID) initiiert und auf einem Expertentreffen im Dezember 2001 vorgestellt. Sie befaßt sich mit Ermittlungen gegen Tätergruppierungen aus Estland, Lettland und Rußland, die im Bereich des Frauenhandels aktiv sind. Die zitierten Ausführungen vom Bundesminister des Innern, Otto Schily, stellen eine Schätzung vor dem Hintergrund einer gerade in diesem Kriminalitätsbereich besonders hohen Dunkelziffer dar. Sie geben eine im internationalen Bereich allgemein anerkannte Gesamtbewertung dieses Kriminalitätsphänomens wieder, dessen Bedeutung auch im Zusatzprotokoll Menschenhandel zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität vom Dezember 2000, welches auch von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet wurde, besonders hervorgehoben wurde.